

Schweiz

Nach Korruptionsfall: Millionenprojekt im Seco gefährdet

Die vom Korruptionsfall betroffene Abteilung im Staatssekretariat für Wirtschaft kommt nicht zur Ruhe. Ein 26-Millionen-Projekt verzögert sich und muss möglicherweise neu ausgerichtet werden.

Christian Brönnimann
Bern

Vor gut einem Jahr flog im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) ein grosser Korruptionsfall auf. Ein Ressortleiter liess sich während vieler Jahre bestechen – für die Vergabe von IT-Aufträgen im Wert von Dutzenden Millionen Franken. Die juristische Aufarbeitung des Falls läuft nach wie vor. Die Bundesanwaltschaft hofft, im Lauf des Jahres das polizeiliche Ermittlungsverfahren abschliessen zu können.

Auch das Seco schlägt sich noch immer mit den Folgen der Affäre herum. Das zeigt ein Prüfbericht, den die Eidgenössische Finanzkontrolle auf Anfrage veröffentlicht hat. Die Kontrolleure untersuchten, wie es um ein 26 Millionen Franken teures Softwareprojekt steht, das 2013 in der vom Korruptionsfall betroffenen Abteilung Arbeitsmarkt und Arbeitslosenversicherung gestartet wurde. Es geht um die Neuprogrammierung des Auszahlungssystems für die Arbeitslosenkassen (Asal).

Die Kontrolleure stiessen auf diverse Probleme und Verzögerungen, die sie auch auf die Korruptionsaffäre «und deren personelle Konsequenzen» zurückführen. Der Projektleiter, der erst vor zweieinhalb Jahren in die Bundesverwaltung eintrat, besitzt kaum Erfahrung mit der Abwicklung von grossen Projekten. Ihm fehlt gemäss Auskunft des Seco sogar die eigentlich vorgeschriebene Zertifizierung der Standardprojekt-methode Hermes. Nun ist er auf umfangreiche externe Unterstützung angewiesen, was «hohe Kosten und Abhängigkeiten» schafft, wie die Kontrolleure kritisieren. Zudem bestehe das Risiko, dass der externe Coach nicht nur unterstütze, «sondern auch indirekt das Projekt führen könnte».

Module für den Papierkorb

Mit der Neuprogrammierung der Software beauftragt ist die IT-Firma CSC. Obwohl das Seco noch immer in der Konzeptphase steckt, lieferte diese bereits die ersten Module der Software. Wegen des Rückstands konnte das Seco deren Funktionalität aber längere Zeit nicht überprüfen. «Solange das Testkonzept nicht vorliegt, besteht ein massgebliches Risiko, dass die Programmteile in ungenügender Qualität geliefert werden, dies jedoch mangels Durchführbarkeit von Tests gar nicht bemerkt wird», schreibt die Finanzkontrolle. Wenn die Tests nicht umgehend erfolgten, laufe das Seco Gefahr, die Kontrolle über das Projekt zu verlieren.

Der Bericht der Finanzkontrolle datiert vom Juli 2014. Seither hat sich die Situation noch verschlechtert. Die inzwischen durchgeführten Tests förderten offenbar grobe Mängel zutage. Der Programmiercode der bereits gelieferten Module werde «zum grössten Teil nicht weiterverwendet», sagt Seco-Geschäftsleitungsmitglied Oliver Schärli. Die Tests hätten gezeigt, dass «die Ergebnisse noch verbessert werden müssen». Möglicherweise wird deshalb das ganze Projekt neu ausgerichtet. «Basierend auf den ersten gelieferten Modulen, wird zurzeit die Anpassung des Technologiekonzepts geprüft», sagt Schärli.

Wer für die zu befürchtenden Mehrkosten aufkommen wird, ist offen. Klar ist aber, dass sich das Projekt verzögern wird. Laut Schärli konnte CSC den für Ende 2014 definierten Meilenstein nicht einhalten. Die Nachfrist läuft bis August 2015. Erst zu diesem Zeitpunkt werde feststehen, mit welcher Verspätung gegenüber dem ursprünglichen Terminplan gerechnet werden müsse, sagt Schärli. Eigentlich hätte die neue Software im April 2016 eingeführt werden sollen.

Tief greifende Reform gefordert

Die Finanzkontrolle ist nicht das einzige Aufsichtsorgan, das sich Sorgen macht. Die parlamentarische Oberaufsicht hat sich ebenfalls mit dem 26-Millionen-Projekt beschäftigt. Gemäss dem kürzlich veröffentlichten Tätigkeitsbericht führte



Das Staatssekretariat für Wirtschaft in Bern – gesehen von der Monbijoustrasse aus. Foto: Sophie Stieger

die Finanzdelegation (FinDel) im Februar mit Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann eine Aussprache dazu. Dabei stellte die FinDel «gewisse Mängel in Bezug auf die Governance» fest, wie sie schreibt.

Die FinDel fordert eine tief greifende Reform der Organisationsstruktur der Arbeitslosenversicherung. Es sei «unabdingbar», dass sie «entweder vollständig ins Seco integriert oder vollständig aus der Bundesverwaltung ausgelagert» werde. Eine Reform mit diesen zwei Varianten schlug bereits letzten Sommer Professor Urs Saxer vor. Er führte die Administrativuntersuchung zur Korruptionsaffäre. In der Untersuchung kam Saxer zum Schluss, dass die heutige Organisation der Arbeitslosenversicherung unklare Kompetenzen und Verant-

wortlichkeiten mit sich bringt und das Risiko von Fehlentwicklungen erhöht.

Im Wirtschaftsdepartement laufen entsprechende Reformüberlegungen, wie Sprecher Noé Blancpain bestätigt. Es sei aber noch zu früh, um zu sagen, in welche Richtung es gehen könnte. Zuvor seien «vertiefte Diskussionen verschiedener Varianten und Kombinationen der Reformmöglichkeiten mit den Sozialpartnern und Kantonen» nötig.

Die Pläne sind politisch heikel. Eine vollständige Integration der Arbeitslosenversicherung in die Bundesverwaltung würde den Einfluss von Kantonen und Sozialpartnern schmälern. Eine vollständige Auslagerung in eine öffentlich-rechtliche Anstalt wiederum wäre ein aufwendiger Kraftakt mit ungewissem Ausgang. Im Wirtschaftsdeparte-

ment ist man sich der Hürden bewusst: Anpassungen müssten zusammen mit den Partnern erfolgen, «um neue Gouvernanz- und Schnittstellenprobleme zu verhindern und die Akzeptanz der Reform zu sichern», sagt Blancpain.

Anderer Umbau als empfohlen

Die erneut mit Ungemach kämpfende Abteilung Arbeitsmarkt und Arbeitslosenversicherung hat das Seco bereits per Anfang März dieses Jahres reorganisiert. Dabei hat es die Anzahl der Ressorts von neun auf sechs verringert. So könnten die zentralen Anforderungen «effizienter und effektiver» erfüllt werden, preist das Seco die Änderungen in einem Schreiben an die Kantone vom Februar an.

Saxers diesbezügliche Reformempfehlung hat das Seco mit der neuen Struktur allerdings nicht umgesetzt. Die Empfehlung wäre gewesen, die Abteilung entweder in zwei Bereiche aufzuteilen oder hierarchisch höherzustufen. Im Wirtschaftsdepartement glaubt man allerdings, dass die getroffene Massnahme gleichwertig ist. Der Bericht Saxer habe die zu grosse Führungsspanne kritisiert und einen Vorschlag zu deren Verringerung gemacht, sagt Blancpain. Mit der Reduktion der Ressorts sei dieses Ziel ebenfalls erreicht worden. Bis Mitte Jahr will das Departement einen Bericht über den weitergehenden Reformbedarf erarbeiten.



Artikel zum Thema
VIP-Tickets hier, Aufträge da

seco.tagesanzeiger.ch

Urlaub für Väter nimmt erste Hürde

Zwei Wochen bezahlte Ferien sollen Väter nach der Geburt eines Kindes erhalten.

Doris Kleck

Bern

Nicht weniger als 27 Vorstösse in zehn Jahren hat es gebraucht, damit sich etwas bewegt: Die Sozialkommission des Nationalrats hat sich für einen zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub ausgesprochen. Sie unterstützt eine parlamentarische Initiative von Martin Candinas (CVP, GR). Stimmt auch die Schwesterkommission des Ständerats zu, können die Arbeiten für die notwendigen Gesetzesanpassungen gestartet werden.

Die Ferien für Väter sollen im Prinzip gleich funktionieren wie der Mutterschaftsurlaub: Finanziert würden sie durch die Erwerbsersatzordnung (EO) – also paritätisch durch Abgaben von allen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Während der zweiwöchigen Absenz sollen die Väter 80 Prozent des Lohns erhalten. Allerdings müssten sie den Urlaub nicht zwingend nach der Geburt und auch nicht am Stück beziehen, sondern innerhalb eines halben Jahres danach.

In der Kommission setzten sich die Vertreter von Mitte-links mit 13 zu 10 Stimmen durch. Der Vaterschaftsurlaub sei aus familienpolitischen Gründen angezeigt, und er sei sozialpolitisch verträglich, heisst es in der Medienmitteilung. Das Nachsehen hatten die Vertreter von FDP und SVP. «Wir sind einerseits skeptisch, was die Wirkung angeht. Andererseits wären wir froh, wenn die EO-Abgabe sinken würde», sagt Nationalrat Daniel Stolz (FDP, BS). Derzeit gehen 0,5 Prozent jedes Lohns an das Sozialwerk. Bis Ende Jahr muss der Bundesrat entscheiden, ob er den Beitragssatz dabei belässt oder senkt. Auf bürgerlicher Seite hält man eine Reduktion auf 0,3 Prozent, den Stand von 2011, für angebracht. Denn das Sozialwerk hat im letzten Jahr einen Überschuss von 122 Millionen Franken erwirtschaftet, und die finanziellen Perspektiven sind gut.

Priorität hat die Rentenreform

Der zweiwöchige Vaterschaftsurlaub würde 190 Millionen Franken kosten – was einem EO-Beitrag von 0,05 Prozent entspricht. Das klinge nach wenig, sagt Stolz. Doch auch dieses Mosaiksteinchen verteuere den Faktor Arbeit weiter. Ähnlich tönt es beim Arbeitgeberverband. Die Priorität in der Sozialpolitik liege auf der Sicherung der heutigen Renten. Für die Reform der Altersvorsorge brauche es zusätzliche Mittel, welche die Wirtschaft und die Gesellschaft belasten werden. Auch deshalb sei eine Senkung der EO-Beiträge und damit eine Entlastung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern angebracht. Für Candinas sind die Kosten für den Vaterschaftsurlaub indes tragbar. Er hält die solidarische Finanzierung über die EO für notwendig, weil sich nur auf diese Weise KMU und Firmen in Branchen mit einem Überhang an jungen Männern einen Vaterschaftsurlaub leisten können. «Eine Vielzahl von Unternehmen kennt schon heute grosszügige Regeln für Vaterschaftsurlaube. Wenn sie wirkungslos wären, würde sie die Wirtschaft nicht anbieten», ist Candinas überzeugt.

Internationale Schranken

Der parlamentarischen Initiative von Candinas stimmten in der Sozialkommission auch die Vertreter der Linken zu – auch wenn deren Forderungen weitergehen. Die Gewerkschaft Travailsuisse etwa verlangt einen bezahlten Vaterschaftsurlaub von 4 Wochen. Andere Vorstösse wiederum zielen auf die Einführung eines Elternurlaubs ab. So fordern die Grünliberalen einen Elternurlaub von mindestens 14 Wochen, der ausgedehnt werden kann, wenn die Eltern den Urlaub ausgeglichen aufteilen. Von Andrea Caroni (FDP, AR) ist eine Motion hängig, die verlangt, dass die Väter einen Teil des 14-wöchigen Mutterschaftsurlaubs beziehen können. Mit diesem Vorschlag würden die Kosten gleich bleiben. Für Candinas ist dies gleichwohl keine Option. Das Parlament hat 2012 ein Übereinkommen der internationalen Arbeitsorganisation über den Mutterschutz ratifiziert. Dieses gewährt den Frauen einen Mutterschaftsurlaub von mindestens 14 Wochen.